

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— M., für einen Monat 5.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pf., monatlich 30 Pf., Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Tel. 4598. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13688. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4598

Insertenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.80 M., bei Wahlvorkurs 2.80 M.; Familiennachrichten für die Zeile 1.70 M. Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Verhandlungen über die Aufhebung des Boykotts gegen Ungarn

Der Boykott gegen Ungarn.

Berlin, 30. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Über die erste große internationale Aktion der Gewerkschaften, über den Boykott gegen Ungarn, sprach gestern der Holländer J. M. M. Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, in einer Wiener Massenversammlung. Der Boykott, den 28 Millionen organisierte Arbeiter über einen Staat des reaktionären Terrors wegen verhängt hätten, sei völlig gelungen. Auch die versuchte Gegenperre wird Ungarn nicht helfen, da die Tschechen nach Wien die Kohlen verladen, die für Ungarn bestimmt waren. Es steht fest, daß auch aus Rumänien und Südbanien nichts nach Budapest gelangt. Der ungarischen Regierung wird man die Erkenntnis beibringen, daß es besser sei, nachzugeben. Alle internationalen Sekretariate hätten in ihrem Statut festgelegt, im Einvernehmen mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund ihre Macht auch dazu zu benutzen, den Kapitalismus zu führen und in erster Linie neue Kriege zu verhindern. In Christiania habe der Internationale Transportarbeiter-Kongress beschlossen, unablässig mit allen Mitteln für die Beseitigung des Kapitalismus und Militarismus zu kämpfen. Allen Transportarbeiter- und Eisenbahner-Organisationen wurde die Frage vorgelegt, ob sie im Falle eines neuen Krieges in den Generalstreik treten wollen, und ob sie bereit sind, neue Kriege zu verhindern. Der gegenwärtige Boykott sei im Falle der Beseitigung dieser Frage für die Möglichkeit des Generalstreiks im Kriegsfall von höchster Bedeutung. Der Weltverband stehe nur auf dem Papier, nur die organisierte Arbeiterschaft könne den Weltfrieden sichern.

Am Donnerstag reist Klamm nach Brüssel, wo am Sonnabend in einer Sitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes die Entscheidung über das weitere Vorgehen gegen Ungarn getroffen werden soll.

Wien, 28. Juni. Die Aussprache zwischen dem Vertreter der ungarischen Regierung und dem Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbundes und internationalen Transportarbeiterverbandes eröffnete Staatskanzler Dr. Renner mit einer Ansprache, in der er erklärte, die österreichische Regierung möchte gern alles tun, um die Aufhebung des Boykotts zu erwirken, weshalb sie sich zu einer Vermittlung bereit erklärte. Der Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, J. M. M., stellte fest, der Verband wolle sich keineswegs in politische Fragen Ungarns einmengen, sondern klammere sich nur um die Arbeiterklasse in Ungarn. Der Internationale Gewerkschaftsbund habe im Interesse der Freiheit der Arbeiterklasse Ungarns den Boykott ausgesprochen. Der Boykott sei von 28 Millionen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter der Welt getragen und könne nicht abgebrochen werden, weil die wirtschaftliche und politische Bewegungsfreiheit der ungarischen Arbeiterschaft nicht sichergestellt und der weiße Terror nicht beseitigt sei. Der ungarische Gesandte Grag erklärte, das Manifest des Internationalen Gewerkschaftsbundes enthalte vielfache Irrtümer und Unrichtigkeiten. Nach zwei Resolutionen und der wirtschaftlichen Katastrophe der rumänischen Besetzung könne die Wiederherstellung der Staatsgewalt und der Völkerrechtsordnung von der ungarischen Regierung beim besten Willen nicht in so kurzer Zeit erreicht werden. Von einem Terror als Regierungssystem könne jedoch nicht gesprochen werden. (?) Als von den Arbeiterorganisationen befragt, ob sie sich nicht gegen die Arbeiter, sondern ausschließlich gegen die Bourgeoisie richten, erklärte die Regierung, sie sei ständig bemüht, die durch die Reaktion eines Teiles der Bevölkerung gegen das Rätesystem hervorgerufenen bedauerlichen Vorfälle einzubäumen und sie unmöglich zu machen. Über einzelne von den Arbeiterorganisationen vorgebrachten Fälle sei er bereit, Erklärungen einzulegen. Nach mehrwöchiger Dauer der Verhandlungen, über deren Ergebnis Grag an die ungarische Regierung und J. M. M. an den Internationalen Gewerkschaftsbund berichteten, wurden diese bis Mittwoch vertagt.

Der ungarische Gesandte wird für seine Behauptungen wenig Gläubige finden, die Vorgänge und die Verbrennen der Horthyorden an der Arbeiterschaft sind zu bekannt, als daß sie durch bloße Behauptungen abgeschwächt oder gar aus der Welt geredet werden könnten.

Demonstrationen gegen den Lebensmittelwucher.

T. U. Berlin, 29. Juni. In der Berliner Zentralmarkthalle kam es heute früh stellenweise zu recht kümmerlichen Auseinandersetzungen. Die Kleinhändler erklärten sich nicht gewillt, den von den Großhändlern geforderten Höchstpreis von 2.80 M. anzulegen. Da man Wiene machte, die Obstwagen zu füllen, wurde

die Sicherheitswache alarmiert. Nachdem die Großhändler sich zu einem Preis von 1.50 M. bereit erklärten, trat Beruhigung ein. Ein Hamburger Uglator, der von einem Wagen aus zur gewalttätigen Sentung der Preise aufforderte, wurde von der Sicherheitspolizei in Gewahrsam genommen.

T. U. Berlin, 30. Juni. Gestern nachmittag zog ein Trupp von einigen hundert Männern und Frauen, die Schilder mit der Aufschrift trugen: Nieher mit den Lebensmittelhändlern und Wuchern mit sich führten, vor das Ernährungsministerium und den Landtag. Eine Deputation wurde vom Minister Hermes, der gerade eine Konferenz mit Arbeitervertretern hatte, empfangen. Der Minister erklärte der Abordnung die Lebensmittellage und machte sie mit den Bestrebungen bekannt, die darauf hinführen, eine Senkung der Preise herbeizuführen. Die Deputation nahm diese Darlegungen entgegen und übermittelte sie den Demonstranten, die sich dann völlig ruhig entfernten.

Neue Unruhen.

Würzburg, 29. Juni. Am gestrigen Tage kam es auch hier zu schweren Lebensmittelunruhen. Vor dem Rathaus sammelte sich eine nach Tausenden zählende Menschenmenge an. Das Rathaus wurde von der Reichswehr besetzt, und diese forderte die Menge auf, den Platz zu räumen. Als dies nicht geschah, gab die Reichswehr Feuer. Wie verlautet, sind mehrere Personen getötet und schwer verletzt worden. Einige Geschäfte wurden geplündert. Auch heute finden noch überall große Ansammlungen statt, doch ist eine Ordnung der Ruhe nicht gemeldet worden.

Leipzig, 29. Juni. Gestern abend kam es zu Unruhen in der Nordstraße. Die Polizei war machtlos. Die Reichswehr wurde zu Hilfe gerufen, sie griff aber nicht ein. Heute forderte das Gewerkschaftsblatt in Maueranschlag die Zurückziehung des Militärs und der Polizei von der Straße und verhängte sich für die Sicherheit der Stadt durch eigene Ordner.

Festsetzung von Höchstpreisen.

Die Vereinigung rheinisch-westfälischer Stadt- und Landkreise hat beschlossen, einheitliche Höchstpreise für Erdbeeren und Erdbeermilch festzusetzen. — In Gera ist auf Veranlassung der Regierung und des Staatsrats ein Markttag ins Leben gerufen worden. Eine Kommission von Produzenten und Konsumenten legt die Preise fest. — Die Stadt Mainz hat anlässlich der Lebensmittellage an die Reichsregierung das dringende Ersuchen gerichtet, dafür zu sorgen, daß der weiteren Verteuerung der öffentlich verwalteten Lebensmittel Einhalt getan werde. Ferner wird ein Abbau der Kartoffelpreise verlangt und ebenso die Abschaffung der ungerechten Zuschläge auf manche Lebensmittel und Bedarfsartikel zu den tatsächlichen Herstellungskosten.

Der Widerstand der Bauern.

Mainz, 29. Juni. Der gestrige Tag ist im allgemeinen still verlaufen, trotzdem es hier und da noch zu Ansammlungen kam. Die Vertreter der Landwirtschaft auf den Haupt- und Nebentagen in der Umgebung haben gegen die Festsetzung von Höchstpreisen protestiert, da solche nach Aufhebung der Zwangs- und Wirtschaft für Obst ungeschickt seien. Von verschiedenen Rednern wurde unter kläglichem Beifall der Versammelten in dieser Protestversammlung der Abbau und Preisvergesamtheit angekündigt.

Berlin, 30. Juni. Nach einer Meldung aus Karlsruhe wurde in Radolfzell im badischen Oberlande eine Bauernversammlung, die unter dem Vorwand des badischen Staatsrates Weichaupt stattfand, von demonstrierenden Arbeitern gestört, daß die Bauern eine Erklärung verweigerten, daß eine weitere Steigerung der Lebensmittelpreise unter keinen Umständen mehr erfolge. Bei dem Zusammenstoß wurden einige Personen verletzt, auch der Bürgermeister wurde mißhandelt.

Eine Interpellation über die Lebensmittelsteuerung.

Die unabhängige Reichstagsfraktion hat eine Interpellation eingebracht, was der Reichskanzler zu tun gedenkt, um ein weiteres Steigen der Lebensmittelpreise zu verhindern und wie er den Befehl der Indogeschichte beim Reichsernährungsministerium vom 18. Juni, durch den der Getreidepreis eine neue Erhöhung erfahren würde, rechtfertigt. Wie und wann, heißt es weiter, gedenkt der Reichskanzler den durch die in Aussicht stehende überaus gute Ernte möglichen Abbau der Preise für Getreide, Kartoffeln, Fleisch und sonstige landwirtschaftliche Erzeugnisse, die jetzt das Mehrfache der vorjährigen Ernte betragen, in die Wege zu leiten. Was gedenkt der Reichskanzler gegen diejenigen Landwirte zu unternehmen, die in offener Verhöhnung der behördlichen Anordnungen sich der Ablieferung ihrer landwirtschaftlichen Erzeugnisse entziehen und damit die Ernährung der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung aufs schwerste gefährden. Welche Maßnahmen plant er gegen die Zunahme des Lebensmittelwuchers?

Der Kampf um die Heeresverminderung.

Die von der Entente bis zum 10. Juli verlangte Herabsetzung des Heeres auf 100 000 Mann hat die deutsche Bourgeoisie in wilde Aufregung und Kampfstimmung versetzt. Alle Mittel, von der nationalsozialistisch-militaristischen Tirade bis zum demokratischen Gestammel werden in Bewegung gesetzt zur Abwehr der schrecklichen Gefahr; das deutsche Lebensinteresse, die Sicherheit und Zukunft des Landes, das im Hinterhalt lauende Gespenst des Bolschewismus, die Existenzfrage für Soldaten und Offiziere und was sonst noch für schöne Dinge sollen es absolut unmöglich machen, daß die noch vorhandene bewaffnete Macht um die Hälfte vermindert wird.

Bei den „Argumenten“ der äußersten Reaktion lohnt es sich nicht, länger zu verweilen. Die hauptsächlichste und antibolschewistische Hege dürfte auch auf das Ausland kaum noch Eindruck machen und im Inlande bleiben diese Rügen ebenfalls ohne tiefere Wirkung.

Erster zu nehmen ist ein namentlich in der liberalen Presse vertretener Standpunkt, der sich den Anschein der Sachlichkeit zu geben versteht. Da wird gegen die Herabsetzung des Heeres ins Feld geführt, daß die Gewerkschaftsmacht einer großen Zahl von Offizieren und Soldaten eine so große Gefahr bedeute, daß die Entente von ihrem Vorhaben Abstand nehmen müsse. Es wird also die Heeresverminderung für die davon Betroffenen zu einer unüberwindlichen Existenzfrage gemacht, die deshalb so folgenschwer werden kann, weil es sich um machtgewohnte, waffengeübte Leute handelt. Sieht man auch nur ein ganz klein wenig auf die Tiefe des Problems, so erkennt man die treibenden Kräfte und gelangt zu dem Resultat, daß es sich hier nur in untergeordnetem Maße um eine Existenzfrage handelt, sondern in erster Linie um eine Machtfrage: der preußisch-deutsche Militarismus, unterstützt von der gesamten Bourgeoisie, kämpft um die Erhaltung seiner letzten Positionen. Für ihn lautet die Parole: Alles zu verlieren und nichts zu gewinnen! Da kann man es schon verstehen, wenn alles zur Erhaltung des noch vorhandenen Stills Militärismus aufgegeben wird — Herr Dr. Geheimer will um diesen Preis sogar seinen Ministerstuhl opfern.

Würde es sich nur um eine bloße Existenzfrage handeln, so könnte sie, gemessen an der bisherigen Demobilisation und Abrüstung spielend leicht gelöst werden, ob freilich bis zum 10. Juli, ist eine andere Frage; doch das ist nur nebensächlich. Für die Mannschaften, die doch als Berufs Soldaten überhaupt nicht in Frage kommen, wird sich eine Existenz finden lassen; sie werden im Wirtschaftslieben aufgehen, soweit sie Fähigkeiten und Willen besitzen, durch Krieg und Söldnerwesen noch nicht völlig verdorben sind. Und sollten die Offiziere, die sich bekanntlich zu den Intellektuellen rechnen, nicht Qualitäten und Energie besitzen, im wirtschaftlichen oder sonstigen Leben einen Platz auszufüllen? Sollten sie es nicht können, so wäre das nur ein Beweis mehr dafür, daß das Massenhandwerk durchschnittlich wenig Geist erfordert, im Gegenteil ihn abtötet. Indes haben die bereits entlassenen Offiziere — man denke nur an Oesterreich mit seinem Heer von 30 000 Mann! —, die ja überdies eine ansehnliche Pension beziehen, auf die eine oder andere Art ein Unterkommen gefunden. Aus welchem Grunde sollte das nun für die noch zu Entlassenden eine vollständige Unmöglichkeit sein? Ein sachlicher Grund läßt sich dafür nicht beibringen. Das ist auch bisher nicht geschehen, sondern man ergeht sich statt dessen in allerhand dunkeln Andeutungen und Drohungen, deren Wirkungen auf die Regierung lediglich zeigen, daß der Militarismus für die nach der Revolution in Deutschland Herrschenden — Koalitionsregierung sowohl wie rein bürgerliche Regierung — innerpolitisch der vornehmste Machtfaktor ist. Deshalb tritt auch die Bourgeoisie ohne Unterschied der Partei gegen die Forderung der Entente auf, und die Rechtssozialisten, denen die Moskopolitik nun doch einmal in Fleisch und Blut übergegangen ist, unterstützen mit nur etwas anderen Wraffen die Aktion für den Militarismus. Die Klasse Angst vor dem revolutionären Proletariat treibt sie zu diesem Vorgehen.

Nach dem verlorenen Krieg kommt der deutsche Militarismus nicht mehr als außenpolitisches, sondern nur als innerpolitisches Instrument in Frage und hat als solches in den letzten anderthalb Jahren eine verhängnisvolle Rolle gespielt. Mit unerbittlicher Konsequenz hat die Entente dennoch, voran das um seine künftige Sicherheit besorgte Frankreich, Deutschland zu immer weiteren Abrüstungen genötigt; Kopfstärke des Heeres, Waffen,